

# Brief an die Politik

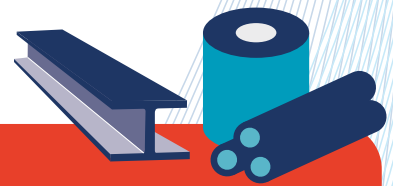
## Energiekostenkrise: Politisch gegensteuern und Schäden an der industriellen Basis verhindern

Die explodierenden Energiepreise gefährden den Stahlstandort Deutschland und die darauf aufbauenden stahlbasierten Wertschöpfungsketten. Gegenwärtig liegen die Strom- und Erdgaspreise in Deutschland und Europa um ein Mehrfaches höher als in den USA und auch in Asien, was eine massive Belastung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen darstellt. Die etwa 8 Milliarden Euro Mehrkosten für die Stahlindustrie in Deutschland entsprechen rund 20 % ihres Branchenumsatzes im Durchschnitt der vergangenen Jahre.


Die aktuellen Belastungen für die Grundstoffindustrien gefährden die industrielle Basis, die Deutschlands wirtschaftliche Stärke ganz wesentlich trägt. Darüber hinaus trifft die Energiekrise die Stahlunternehmen in einer Zeit, in der sie alle finanzielle Kraft und Unterstützung für die anstehende grüne Transformation brauchen.


Deshalb appellieren wir an die Politik, nun schnell wirksame Lösungen für international wettbewerbsfähige Energiepreise auf den Weg zu bringen. Unser Brief an die Politik zeigt auf, welche Maßnahmen dazu erforderlich sind.


Ihre  
Wirtschaftsvereinigung Stahl



### Stahlindustrie in Deutschland Auswirkungen höherer Energiepreise

 Preisanstieg um etwa  
**+700 %** des Vorjahresniveaus

 Preisanstieg um etwa  
**+800 %** des Vorjahresniveaus

 **Mehrkosten Strom ca. 5 Mrd. €/a**  
**Mehrkosten Gas ca. 3 Mrd. €/a**

Im Vergleich zum Vorjahresniveau entstehen der Stahlindustrie in Deutschland derzeit Energie-Mehrkosten in Höhe von insgesamt 8 Mrd. Euro. Dieser Anstieg gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Stahlstandorts, insbesondere auch der Elektro Stahlproduktion, und den Einstieg in die Transformation.

Quelle: eigene Berechnungen nach EID-Informationdienst;  
Preisentwicklung indiziert auf Basis 3/2021; Stand: 18.10.2022

# Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise

Um eine einschneidende Deindustrialisierung in unserem Land zu verhindern, muss durch geeignete politische Maßnahmen schnell und entschieden gegengesteuert werden:



## Energiepreise schnell senken

- › Zur Überbrückung der Krise müssen **möglichst schnell wirkende Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Energiepreise auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gebracht werden.** Das Vorhaben der Bundesregierung, eine Strom- sowie eine Gaspreisbremse auch für die Industrie einzuführen, ist zu begrüßen. Verbunden werden sollte dies mit einer Härtefallregelung für spezifisch gelagerte Fälle.



## Empfehlung zur Gaspreisdeckelung umsetzen

- › Der Vorschlag der ExpertInnenkommission Gas und Wärme, ab dem 1. Januar 2023 die Gaspreise in der Industrie für 70 % des Verbrauchs (Referenz 2021) auf 7 Cent / kWh zu begrenzen, ist ein erster Schritt zur Überbrückung der akuten Krise. Er verbindet eine spürbare Senkung der Gaspreise mit einem Anreiz zur erforderlichen Reduzierung des Gasverbrauchs. **Der Vorschlag sollte daher von der Bundesregierung in dieser Form zügig und rechtssicher umgesetzt werden.**



## Wirksame Strompreisbremse einführen

- › Neben der kurzfristigen Deckelung der Gaspreise ist für die Stahlindustrie die **Einführung der Strompreisbremse** von zentraler Bedeutung, die ebenfalls unmittelbar zu Strompreissenkungen für industrielle Großverbraucher führen muss. Diese könnte vergleichbar zu dem Vorschlag der ExpertInnenkommission zur Gaspreisbremse, **mit gedeckelten Strompreisen und einem Kostenausgleich beim Lieferanten**, umgesetzt werden. Richtschnur muss die schnelle Entlastung der betroffenen Industrien sein. Es ist dabei richtig, zur Finanzierung wie geplant die Einnahmen aus der

Abschöpfung der über einer Preisobergrenze für kostengünstige Stromerzeugungstechnologien liegenden Erlöse – und somit „Windfall Profits“ – mit heranzuziehen.

- › Daneben sollte auch eine **EU-weite Deckelung des Gaspreises für die preissetzenden Gaskraftwerke** („iberisches Modell“) weiterhin geprüft werden, wobei ein Anstieg der Gas- und Stromnachfrage zu vermeiden ist.



## Europäische Grundlage schaffen

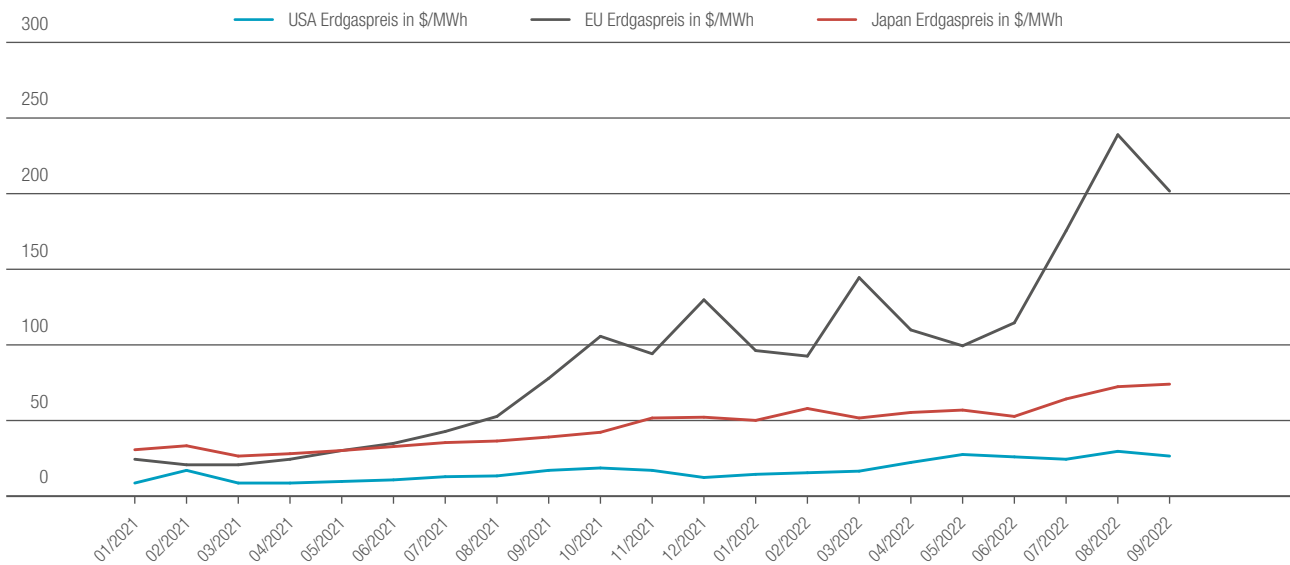
- › Bei der Überarbeitung des temporären Beihilferahmens und weiterer einschlägiger Beihilferegeln muss die Politik Sorge dafür tragen, dass die **Umsetzung der Strom- und Gaspreisbremse ohne Abstriche – insbesondere bei der Entlastungshöhe und dem Empfängerkreis – ermöglicht wird.** Eine lange Prüfung muss vermieden werden, da die Hilfen zügig benötigt werden. Es gilt, eine nie dagewesene Energiekrise zu überbrücken und nachhaltige Schäden an der industriellen Basis abzuwenden.
- › Insbesondere muss die **für energieintensive Unternehmen zu niedrige absolute Beihilfeobergrenze von 50 Millionen Euro aufgehoben werden.** Zudem darf die Deckelung der Strom- und Gaspreise nicht von Betriebsverlusten oder auch einem erheblichen Rückgang des EBITDA abhängig gemacht werden. Es wäre eindeutig zu spät, Unternehmen erst dann zu entlasten, wenn sie bereits vor dem Konkurs stehen oder in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.



## Langfristige Lösungen für wettbewerbsfähige Energiepreise entwickeln

- › **Mittel- und langfristig müssen für die Strom- und Gasmärkte systemische Lösungen entwickelt werden**, um in Deutschland und der EU auf Dauer inter-

## Entwicklung der Erdgaspreise im Ländervergleich



Der dramatische Energiekostenanstieg wirkt sich auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie aus. In anderen Regionen der Welt müssen Industrieunternehmen deutlich weniger für Energie bezahlen.

Quelle: Worldbank, Umrechnung durch WV Stahl

national wettbewerbsfähige Energiepreise für energieintensive Grundstoffindustrien wie den Stahl zu ermöglichen und die Basis für die Transformation hin zu einer klimaschonenden Stahlerzeugung zu legen.



### Zielkorridore für künftige Gas-, Strom- und Wasserstoffpreise beschreiben

- › Der von der ExpertInnenkommission vorgeschlagene Preisdeckel von 7 Cent / kWh bei Erdgas ist ein erster Schritt zur Überbrückung der akuten Krise, wäre aber auf Dauer im internationalen Vergleich, etwa zu den USA oder auch dem mittleren Osten, nicht wettbewerbsfähig und **darf daher nicht das Preisniveau im „neuen Normal“ darstellen**. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf den US Inflation Reduction Act, durch den unter anderem schnell niedrige Preise für (grüne) Energie geschaffen werden sollen.
- › Für die mittlere und lange Sicht sollte die Bundesregierung **Zielkorridore für künftige Gas-, Strom- und Wasserstoffpreise beschreiben**, die sich am durchschnittlichen Niveau der Energiepreise großer Industrieländer außerhalb der EU bemessen.



### Angebot ausweiten

- › Erdgas wird in der Stahlindustrie auch in der Transformation weiterhin eine unverzichtbare Rolle spielen; daher muss intensiv an der **Erschließung alternativer Bezugsquellen zu wettbewerbsfähigen Preisen** gearbeitet werden. Dazu gehört auch, die eigene Erdgasförderung auszubauen, neue Infrastrukturen (LNG) und Pipelines zu bauen und den Gaseinkauf auf deutscher und europäischer Ebene zielgerichtet zu zentralisieren, um die wirtschaftlichen Kräfte in Europa zu bündeln.
- › Um Erdgas weitgehend aus der Merit Order zu drängen, die Stromversorgung zu sichern und Erdgas einzusparen, müssen **alle verfügbaren Stromerzeugungskapazitäten so schnell wie möglich genutzt werden**. Dazu gehören erneuerbare Energien, Kohlekraftwerke und die vorübergehende Laufzeitverlängerung noch bestehender Kernkraftwerke.
- › Die **Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und einhergehend der Netzausbau müssen forciert werden**, um so die Notwendigkeit der Erdgasverstromung zu verringern. Hierzu müssen die **Genehmigungsverfahren vereinfacht und vorangetrieben** sowie deren Rechtssicherheit deutlich verbessert und dadurch langwierige Rechtsverfahren vermieden werden.



## Energiesteuern reduzieren

- › Auf Bundesebene sollten vorhandene Steuern und Abgaben auf den Faktor Energie deutlich reduziert werden. Der **Energiesteuerspitzenausgleich sollte über die gegenwärtige Planung hinaus zeitnah zunächst um zwei Jahre verlängert werden**, um in der Krise weitere Unsicherheiten für die Unternehmen zu vermeiden.



## Energiekrise im Fit for 55-Programm der EU berücksichtigen

- › Die Stahlindustrie will den Weg der Transformation zu einer klimaneutralen Stahlproduktion fortsetzen, um die ambitionierten Klimaziele der Europäischen Union

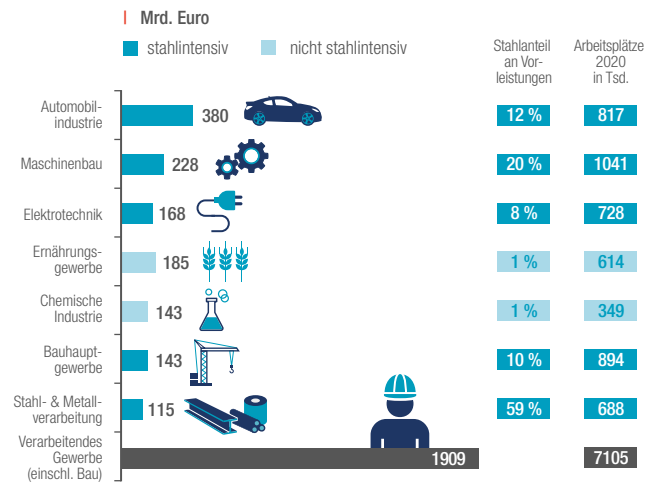
zu erreichen. Mit den aktuellen Entwicklungen infolge des Ukraine-Kriegs und der Krise an den Energiemärkten haben sich die Unsicherheiten und Risiken für die dafür erforderlichen Investitionen jedoch massiv erhöht. **Dieses veränderte Umfeld muss auf europäischer Ebene in den aktuellen Beratungen zum Fit for 55-Paket berücksichtigt werden.**

- › Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekostensituation kommt es umso mehr darauf an, dass der „**CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich**“ (CBAM) **effektiv ausgestaltet und Carbon Leakage verhindert wird.** Dies setzt zwingend voraus, dass auch eine Lösung für die Berücksichtigung von Exporten, so wie unter anderem vom Europäischen Parlament gefordert, gefunden wird. Die **Kompensation der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen** muss fortgeführt werden. Bis die Wirksamkeit des CBAM nachgewiesen ist, bleibt zum Carbon Leakage Schutz eine **ausreichende freie Zuteilung** erforderlich.

# Industriellen Kern in Deutschland sichern

Die Stahlindustrie ist Ausgangspunkt einer Vielzahl von industriellen Wertschöpfungsketten, die die industrielle Struktur in Deutschland prägen. Schnelles und umfassendes Handeln ist erforderlich, um zu verhindern, dass die gegenwärtige Energiekrise zu dauerhaften Schäden an der industriellen Basis führt. Dies hätte nachhaltige negative Folgen für die Wertschöpfungsketten, Arbeitsplätze und Investitionen. Es geht um 4 Millionen Menschen in stahlintensiven Branchen und folglich zwei Drittel der Industriearbeitsplätze in Deutschland, sowie die Transformation zu einer klimaneutralen Stahlproduktion in Deutschland zum Erfolg zu führen.

## Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland ist mehrheitlich stahlintensiv



*Die Stahlindustrie steht am Anfang zahlreicher Wertschöpfungsketten. Wird sie geschwächt, wie derzeit durch die akute Energiekrise, wirkt sich das negativ auf stahlintensive Branchen aus.*

Quelle: RWI, Stat. Bundesamt, Bauhauptverband, eigene Berechnungen (WV Stahl)

## Herausgeber

### Wirtschaftsvereinigung Stahl

Französische Straße 8  
10117 Berlin  
Telefon +49 30 232 5546-0

info@wvstahl.de  
www.stahl-online.de

[www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl](https://www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl)  
[www.facebook.com/stahlonline](https://www.facebook.com/stahlonline)  
[www.twitter.com/stahl\\_online](https://www.twitter.com/stahl_online)  
[www.youtube.com/stahlonline](https://www.youtube.com/stahlonline)